

Bürgermeister Dr. Storch verweist auf die Sitzungsvorlage. Frau Kau gibt zu bedenken, dass eine Ausweitung von Schließzeiten vor allem für alleinerziehende Eltern nachteilig sei. Daher erkundigt sie sich, wie andere Kommunen mit den Schließzeiten Offener Ganztagschulen verfahren. Amtsleiterin Schneider berichtet hierbei von unterschiedlichen Verfahrensweisen in anderen Kommunen. So seien in der Stadt Hennef die Offenen Ganztagschulen nicht nur während einer Woche in den Osterferien, sondern auch in der 2. Hälfte der Herbstferien geschlossen. Das Personal in der Eitorfer OGS könne während der regulären Öffnungszeiten seinen gesetzlichen Urlaubsanspruch nicht wahrnehmen. Um die betreuungsfreie Zeit so knapp wie möglich zu halten, werde vorgeschlagen, die Offene Ganztagschule in der 2. Woche der Osterferien mit insgesamt 4 Werktagen zu schließen.

Vorsitzender Langer stellt die Leiterin der OGS in Eitorf, Frau Christina Sanner, im Ausschuss vor. Frau Sanner berichtet über längere Schließzeiten anderer Ganztagschulen im Rhein-Sieg-Kreis. Die bisherige 5-wöchige Schließung der Offenen Ganztagschule verursache bei einem 6-wöchigen Urlaubsanspruch Engpässe während der Öffnungszeiten, die von anderen Mitarbeitern durch Überstunden auszugleichen seien. Zudem sei die Eitorfer OGS an allen Brückentagen geöffnet, auch wenn die Schule geschlossen habe. Für reguläre Öffnungszeiten sei stets ein Personalschlüssel vorzuhalten. Ein nicht unerheblicher Anteil an Resturlaubstagen könne nicht genommen werden. Sie habe daher die Verwaltung um Hilfe gebeten. Eine Ausweitung der Schließzeiten um 4 Tage helfe weiter. Die neue Regelung solle ab dem Schuljahr 2013/2014 in Kraft treten und ermögliche den OGS-Mitarbeitern ihren Urlaub. Amtsleiterin Schneider führt aus, dass die vorgeschlagene Lösung einen Mittelweg zwischen den Interessen der berufstätigen Eltern und den Mitarbeiter der OGS bilde.

Frau Kemmler merkt für ihre Fraktion an, dass eine Schließung der Offenen Ganztagschule in der 2. Woche in den Osterferien einen Ausgleich der Interessen aller Beteiligten bilde und auch für die Eltern tragbar sei.

Vorsitzender Langer merkt an, dass der Beschlussvorschlag einen Kompromiss darstelle und stellt ihn zur Abstimmung. Hierbei ergeben sich weder Gegenstimmen noch Enthaltungen.